

Internet-Dienst der Internet-Dienst der Internetpräsenz von Karl-Heinz Florenz

Mitglied des Europäischen Parlaments / Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit
Berichtersteller des Europäischen Parlaments im nichtständigen Ausschuss zum Klimawandel

Karl - Heinz Florenz MdEP / Europäisches Parlament / ASP 15 E 252-254 Rue Wiertz / B-1047 Brüssel / Belgien
Tel.: +32 / 2 / 284 53 20 / Fax: +32 / 2 / 284 93 20 / E-mail: karl-heinz.florenz@europarl.europa.eu

Text: Meine Arbeit > Themenschwerpunkte

Lebensqualität für alle Bürger

Umweltpolitik und Gesundheitsschutz sind die Schwerpunkte meiner politischen Arbeit in Brüssel und Straßburg. Beide Themenfelder sind direkt mit einer der großen Errungenschaften der Europäischen Integration verbunden: der Schaffung des Binnenmarktes. Die grenzenlose Mobilität von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit ist das Ergebnis jahrzehntelanger Anstrengungen und Bemühungen der Europapolitik, die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten immer enger zu verknüpfen und einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu schaffen.

Volkswirtschaftliche Produktion ist jedoch an den Verbrauch von Ressourcen gebunden. Dieser Ressourcenverbrauch hat auch ohne binnenmarktwirtschaftliche Regelungen grenzüberschreitende Auswirkungen, die Handeln auf europäischer Ebene erforderlich machen.

Seien wir uns bewußt, dass Umweltschäden und Ressourcenverlust durch volkswirtschaftliche Produktion nie an Grenzen angehalten haben: Die Verschmutzung von Luft und Wasser oder die Belastung der Böden mit zahlreichen Schadstoffen führen innerhalb der natürlichen Kreisläufe zu einer Situation, in der Verursacher und Betroffene oftmals durch große Entfernungen getrennt sind.

Ohne europäische Regelungen zur Verhinderung grenzüberschreitender Umweltverschmutzung ginge die daraus resultierende verminderte Lebensqualität, vor allem aber auch die aus dieser Zerstörung resultierenden Kosten weiterhin in den meisten Fällen zu Lasten der Betroffenen. Die Notwendigkeit, europäische Regelungen zum Schutz der Umwelt zu treffen, liegt daher auf der Hand: Ob in Portugal oder in Polen, Menschen haben Anspruch auf saubere Luft.

Aus diesem Anspruch entsteht ein klarer Auftrag für mich und meine politische Arbeit als Europapolitiker:

Das Ziel einer verbesserten Lebensqualität für alle Bürger Europas zu verwirklichen. Dies geschieht durch hohe und ambitionierte Anforderungen an die Industrie und das produzierende Gewerbe zur Minderung von Emission aller Art. Zugleich ist es für mich aber ebenso wichtig, umweltfreundliche und ressourcenschonende Produktionsmuster politisch und finanziell zu fördern.

Dies liefert unternehmerische Anreize, in zukunftssträchtige Umwelttechnologien zu investieren, erhält und schafft Arbeitsplätze, wirkt standortsichernd und verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Insgesamt trägt daher der klar erkennbare europäische Mehrwert einheitlicher Mindeststandards für den Umweltschutz langfristig zu einer nachhaltigen Entwicklung bei, indem Anforderungen an den Umweltschutz gleichberechtigt neben Wirtschaftswachstum und sozialem Fortschritt angestrebt werden, sich ergänzen und gegenseitig verstärken.

Unsere Aufgabe ist daher darauf zu achten, dass europäisches Umweltrecht in den Mitgliedstaaten nicht nur umgesetzt, sondern tatsächlich auch angewendet wird. Eine Kontrolle der Umsetzung ist ebenso unerlässlich wie eine politische Kontrolle vor allem deutscher Behörden, deren Eifer in der Auslegung umweltpolitischer Gesetze aus Europa vielfach die wirtschaftliche Seite nachhaltiger Entwicklung vernachlässigt und insbesondere den Mittelstand mit Öko-Hürden unnötig belastet. Dies fördert keine Innovationen, sondern behindert sie, da zu viele Ressourcen für bürokratisches Handeln aufgewendet werden müssen. Außerdem verzerrt dieser falsche Eifer das Bild gesetzgeberischen Handelns in Europa.

Aus den Angeboten des Binnenmarktes resultiert ähnlich wie beim Thema Umweltschutz unmittelbar die Notwendigkeit europäischer Regelungen für die Gesundheit der Menschen und die Kontrolle der Lebensmittelproduktion. Dabei stehen einheitliche Standards für den Patienten beziehungsweise Verbraucher im Zentrum europapolitischer Maßnahmen. Andererseits sollen präzise Rechte und Pflichten der Produzenten als integraler Bestandteil des Binnenmarktes dem europäischen Konsumenten Rechtssicherheit und Schutz vor unlauterem Wettbewerb liefern. Dies gilt im Allgemeinen wie im Speziellen für zukünftige Gesundheitsdienstleistungen oder die etablierte Lebensmittelproduktion. Gerade bei Fragen der Lebensmittelsicherheit ergibt sich eine Schnittmenge, geht der Anspruch der Bürger doch weiter und erreicht die Dimension des Gesundheitsschutzes. Auch hier ist Europa gefordert, die Lebensqualität seiner Bürger durch verantwortungsbewusste Politik zu schützen und zu sichern.

